

**INSTITUT FÜR KRIMINOLOGIE
AN DER JUSTUS-LIEBIG-UNIVERSITÄT GIESSEN E. V.
Licher Straße 64
35463 Giessen**

**Univ.-Prof. em. Dr. Arthur Kreuzer
Direktor des Instituts für Kriminologie an
der Justus-Liebig-Universität Gießen e. V.**

**Dipl.-Pol. Dipl.-Psych. Hermann Groß
Verwaltungsfachhochschule in
Wiesbaden, Fachbereich Polizei**



Forschungsprojekt „Freiwilliger Polizeidienst in Hessen“

Zwischenbericht



November 2007

Teil 1: Forschungsauftrag, vorangegangene und neue Evaluation des Hessischen „Freiwilligen Polizeidienstes“

I. Der Forschungsauftrag

Mit dem Gesetz über die aktive Bürgerbeteiligung zur Stärkung der inneren Sicherheit (Hessisches Freiwilligen-Polizeidienst-Gesetz – HFPG) vom 13. Juni 2000 hat das Land Hessen den Freiwilligen Polizeidienst eingeführt. In die Pilotphase waren Polizeidienststellen in Fulda, Marburg, Offenbach und Wiesbaden (Polizeipräsidien Westhessen, Südosthessen, Mittelhessen und Osthessen) einbezogen. Im Laufe des Jahres 2001 haben Prof. Dr. Arthur Kreuzer und Prof. Dr. Hans Schneider im Auftrag des Ministeriums des Innern und für Sport eine Evaluation durchgeführt. Der Abschlussbericht ist veröffentlicht: Arthur Kreuzer & Hans Schneider, Freiwilliger Polizeidienst in Hessen – Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung des Pilotprojekts, Verlag für Polizeiwissenschaft, Wiesbaden 2002.

Inzwischen ist der Freiwillige Polizeidienst auf alle Polizeipräsidien in Hessen ausgedehnt und in 100 Kommunen verankert worden. Das Ministerium des Innern und für Sport hat die Verfasser dieses Berichts mit Vertrag vom 31. Juli 2007 beauftragt mit einer wissenschaftlichen Nachuntersuchung. Zum Auftrag heißt es im Vertrag:

„Nach über sechs Jahren wird der Einsatz des Freiwilligen Polizeidienstes wissenschaftlich nachuntersucht. Aufgrund einer empirischen Untersuchung und der Analyse wesentlicher Teile des Freiwilligen Polizeidienstes wird durch die wissenschaftliche Nachuntersuchung eine fundierte Aussage über den Erfolg des Freiwilligen Polizeidienstes getroffen werden.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Nachuntersuchung des Freiwilligen Polizeidienstes auf der Grundlage des dem Auftraggeber vorgelegten Untersuchungsdesigns vom 18. Juni 2007 (Anlage) durchzuführen und dem Hessischen Ministerium des Innern und für Sport in einer ersten Phase einen Zwischenbericht (schriftliche Vorlage) bis Anfang November 2007 vorzulegen. Die Vorlage eines Abschlussberichtes ist für Mitte 2009 geplant.“

II. Erste und zweite Evaluation 2001 und 2007

1. Erste Evaluation

Methodisches Vorgehen und wichtigste Ergebnisse der ersten Evaluation (Pilotprojekt 2001) seien kurz skizziert:

Das methodische Design sah vor:

- Halbstandardisierte Interviews mit den vier örtlich zuständigen Projekt-/Einsatzleitern
- Ebensolche Interviews mit 30 Beamtinnen und Beamten des Polizeivollzugsdienstes in den vier Projektorten, darunter 14 Leitern oder stellvertretenden Leitern der Dienstgruppen
- Gleichfalls halbstandardisierte Gespräche mit im Freiwilligen Polizeidienst Tätigen auf freiwilliger Basis (Teilnahme 29 von 72 Tätigen)

- Mündliche Befragungen mit standardisierten Fragebögen bei 412 Passanten an allen Projektorten von im Freiwilligen Polizeidienst Tätigen
- Dokumentenanalyse und Analysen des Fachschrifttums.

In den Interviews ging es vornehmlich um Erfahrungen mit und Einstellungen zu dem Freiwilligen Polizeidienst, um Auswahl und Einsatz der ehrenamtlichen Polizisten und Polizistinnen sowie um das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung.

In der Zusammenfassung der Ergebnisse mit Empfehlungen hieß es u. a. (a.a.O. S. 67-70):

„Unabhängig von den Positionen, die man in den Fragen nach Sinn, Wünschbarkeit und rechtlicher Bewertung der Öffnung der Polizei für einen ehrenamtlichen Dienst durch interessierte Bürgerinnen und Bürger beziehen kann, wird man nach den Befunden zu dem Ergebnis kommen, dass dieses Angebot auf ein entsprechendes Interesse stößt und, gemessen an Reaktionen und Akzeptanz in der **nutznießenden** Öffentlichkeit, eine breite Zustimmung findet.

Abgesehen von Schwierigkeiten, das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung in den infragekommenden Regionen zu messen und Veränderungen in Verbindung mit dem modellhaft bescheidenen Einsatz von im Freiwilligen Polizeidienst Aktiven zu bringen, lassen sowohl die Ergebnisse der qualitativen Auswertung der Passantenbefragung, als auch glaubwürdige Berichte der im Freiwilligen Polizeidienst Aktiven den Schluss zu, dass die Bevölkerung in den Einsatzgebieten diesen Freiwilligen Polizeidienst nicht nur ganz überwiegend akzeptiert, sondern auch als Stärkung des eigenen Sicherheitsgefühls wahrnimmt.

Eine generelle oder dauerhafte unverhältnismäßige Belastung des polizeilichen Einzeldienstes durch den Freiwilligen Polizeidienst kann nicht festgestellt werden. Die anfänglichen Befürchtungen, hier werde viel Arbeit produziert und Bagatellen würden überbewertet, sind nicht eingetreten...

Die Untersuchung kann keine grundsätzlichen Empfehlungen über Fortführung oder Einstellung des Modellprojekts geben; dies ist vorrangig eine politische Entscheidung. Die Untersuchung hat ergeben, dass es keine grundsätzlichen Einwände gibt, die einer Fortführung strikt entgegenstehen würden. Aufgrund der Untersuchungsergebnisse scheint es im Falle einer Fortführung allerdings empfehlenswert zu sein, Sicherheitsgefühl und Kommunikation mit dem Bürger in den Vordergrund zu stellen, denn hier liegen offensichtlich die Stärken und innovativen Potenziale des Modells. Dies setzt voraus, zumindest einige Zielvorgaben in den Hintergrund treten zu lassen: aktive Ermittlungen im Bereich der Strafsachen und Ordnungswidrigkeiten und Sanktionierung. Dies schließt eine mitwirkende Rolle, beispielsweise die Weitergabe von Informationen, nicht aus. Darüber hinaus gehört zu den Entwicklungspotenzialen des Modells im Falle einer Fortführung und Ausweitung, neue Formen präventiver Polizeiarbeit unter Nutzung spezifischer Fähigkeiten einzelner im Freiwilligen Polizeidienst Aktiven zu erproben... Zu denken ist beispielsweise daran, Aktive aus bestimmten ethnischen Gruppen – zum Beispiel Aussiedlern der ehemaligen Sowjetunion mit Kenntnissen der russischen und deutschen Sprache und Kultur, Personen mit anderen entsprechenden sprachlich-kulturellen Kompetenzen – mitarbeiten zu lassen dort, wo sich Probleme besonders mit jungen Aussiedlern und Einwanderern der „Zweiten und Dritten Generation“ in Kommunen zeigen. Auch in kriminalpräventiver Beratung und im Knüpfen von Kontakten gegenüber alten Menschen könnten die im Freiwilligen Polizeidienst Aktiven gezielt mitwirken.“

2. Neue Evaluation

Folgende Forschungsfragen stehen im Vordergrund der zweiten Evaluation 2007:

- Auswahl, Persönlichkeit, Motivationen, Selbst- und Fremdbild der freiwilligen Polizisten/Polizistinnen
- Ziel und Verwirklichung der Stärkung des Sicherheitsgefühls in der Bevölkerung
- Einstellungen und Erfahrungen in der Vollzugspolizei.

Darüber hinaus sollen – teilweise aber erst in der zweiten Forschungsphase (Dissertation Simone Wagner) – folgende Aspekte einbezogen werden:

- Organisationsstrukturen, Einsatzsituationen, Risiken, Evaluation der bisherigen Erfahrungen an Standorten der Pilotphase
- Überprüfung bisheriger Konflikt- und Gewaltvorfälle (Aktenanalyse)
- Einbettung des Freiwilligen Polizeidienstes in theoretische Konzepte des Verhältnisses von Polizei und Bürger und ehrenamtlicher Mitwirkung von Bürgern in der Polizeiarbeit
- Vergleich mit ähnlichen Diensten in anderen Bundesländern (z. B. Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen) und in anderen europäischen Ländern (z. B. Ungarn).

Das methodische Design der jetzigen Evaluation lehnt sich stark an das der vorangegangenen an; dies zum einen, weil sich die damalige Anlage bewährt hatte; zum anderen, weil ein analoges Design es eher ermöglicht, inhaltlich frühere und jetzige Befunde zu vergleichen. Im Detail waren Abwandlungen angezeigt, die stärker auf quantitative Untersuchungsmethoden fundierten. Die nachfolgenden methodischen Ansätze wurden gewählt:

- Standardisierte Befragung bei allen aktiven Angehörigen des Freiwilligen Polizeidienstes (586 Fragebögen mit zu verschließendem Antwortumschlag; Vertraulichkeitszusage; freiwillige Teilnahme; Zielpersonen zu erreichen über die Direktionen; weiterzuleiten durch die Dienstgruppenleiter an die Zielpersonen und von diesen an die VFH zurückzusenden)
- Standardisierte Befragung bei allen Dienstgruppenleitern und mit dem Einsatz des Freiwilligen Polizeidienstes befassten Vollzugsbeamten (ursprüngliche Annahme: N=250, tatsächlich 470 verteilte Fragebögen mit ebenfalls verschlossenem Antwortumschlag über die Direktionen weiterzuleiten; gleichfalls freiwillige, vertrauliche Teilnahme)
- Ergänzende Gruppengespräche an ausgewählten Orten mit den dortigen DGL (ca. 5 mit Tonband aufzunehmende und zu transkribierende Gruppengespräche, u. a. an den drei Pilotprojektstandorten Wiesbaden, Marburg, Fulda; zwei weitere an noch auszuwählenden Orten; vor dem Zwischenbericht wurden Gruppengespräche in Frankfurt am Main und Marburg durchgeführt; eine Tonbandaufzeichnung hat sich als unzuweckmäßig und verzichtbar herausgestellt; weitere Gruppengespräche sind in der zweiten Projektphase vorgesehen)
- Bürgerbefragungen zum Sicherheitsgefühl und zum Freiwilligen Polizeidienst (500-600 geplant, 582 durchgeführt); standardisierte mündliche Befragungen durch acht instruierte, bereits methodenerfahrene Studierende der Sozial- und Rechtswissenschaften der Universität Gießen an repräsentativ ausgesuchten

Einsatzorten in allen Polizeipräsidien anlässlich ca. 60 von den Interviewern begleiteter Streifengänge der Angehörigen des Freiwilligen Polizeidienstes bei unterschiedlichen Anlässen, (z.B. Fußgängerzonen, Wohngebiete, öffentliche Anlagen (Park, Spielplatz), öffentliche Veranstaltungen (wie Kirmes, Märkte, Ausstellungen), Sport- und Großveranstaltungen, Verkehrslenkung, Friedhöfe); möglichst repräsentative Auswahl der zu Befragenden (Alter, Geschlecht, Herkunft, Nationalität, mit oder ohne direkten Kontakt zu Angehörigen des Freiwilligen Polizeidienstes)

- Dokumentenanalyse (Akten, Aufstellungen der DGL und Polizeipräsidien, Verbandsstellungen usw.) sowie Auswertung des Fachschrifttums

Folgender Zeitplan für zwei Etappen war vorgesehen:

- Erste Phase: Juni bis Anfang Nov. 2007
Theoretische und empirische Phase. Juni/Juli: Organisation, Erarbeitung der Forschungsfragen, Hypothesen, Erstellen der vier Erhebungsinstrumente, Erstellung maschinenlesbarer Fragebögen; Fragebogendruck; Kontakte zu den ausgewählten Einsatzorten. August/September: Durchführung der empirischen Erhebungen; Auswahl, Schulung und Einsatz der Interviewer; Erstellung von Datensätzen; Datenverarbeitung und eventuelle Transkriptionen. Oktober/Anf. Nov.: erste Auswertungen und Interpretationen; Erarbeitung eines Zwischenberichts; Präsentation erster Ergebnisse.
- Zweite Phase: Ab Nov. 2007 bis voraussichtlich Mitte 2009
Weitere theoretische Arbeit; Aktenanalyse zu Konflikt- und Gewaltfällen; Ländervergleich; Feinauswertung und Fertigstellung der Dissertation (diese Phase wird weitgehend selbständig von Frau Wagner bestritten und betreut von den Forschungsleitern; sie endet mit Abschluss des Promotionsverfahrens an der JLU Gießen). Publikation bleibt vorbehalten. Vom ursprünglichen Plan noch nicht erfasst ist eine geplante standardisierte Befragung bei 200-300 Polizeibeamten und -beamtinnen aus Bereitschafts-, Schutz- und Kriminalpolizei, soweit diese keine Berührung mit dem Freiwilligen Polizeidienst hat, um Polizeiangehörige mit engem oder fehlendem Kontakt zum Freiwilligen Polizeidienst in ihren jeweiligen Einstellungen dieser Institution gegenüber zu vergleichen.

Mitwirkende an der zweiten Evaluation sind:

- Prof. Dr. Arthur Kreuzer und Dipl.-Pol. Dipl.-Psych. Hermann Groß
- Beratend hat mitgewirkt: Prof. Dr. Hans Schneider, VFH Wiesbaden, Abt. Polizei, Standort Gießen
- In der ersten Etappe beratend, in der zweiten eigenständig wirkt Frau Polizeiberrätin Simone Wagner mit. Sie promoviert an der Justus-Liebig-Universität und wird betreut durch Prof. Dr. Kreuzer

Teil 2: Erste Ergebnisse 2007

I. Repräsentativität und Qualität der Ergebnisse

Die Untersuchung des Freiwilligen Polizeidienstes in Hessen 2007 umfasste eine schriftliche Gesamterhebung bei allen Angehörigen des Freiwilligen Polizeidienstes (FPoID), eine schriftliche Befragung von allen Polizeivollzugsbeamten (PVB), die mit dem Einsatz und der Betreuung des FPoID betraut sind (Dienstgruppenleiterinnen und –leiter), sowie eine Bürgerbefragung im Rahmen von Streifengängen des FPoID; hierzu wurden anhand eines Fragebogens Kurzinterviews geführt. Darüber hinaus sind Gruppengespräche an ausgewählten Orten mit den für den FPoID zuständigen Dienstgruppenleitern vorgesehen und teilweise schon geführt worden. Die Feldphase der Untersuchung fand im Sept./Okt. 2007 statt. Über das Hessische Ministerium des Innern und für Sport wurden dazu Fragebögen an alle Dienststellen verteilt, in denen ein FPoID existiert. Die Befragung der Bürger wurde über die Universität Gießen und die Abteilung Gießen der Verwaltungsfachhochschule organisiert.

Tabelle 1: Befragte und Rücklauf

	verteilte Fragebögen	Rücklauf	Rücklaufquote (%)	Rücklaufquote (%)
Freiwilliger Polizeidienst	586	333	56,8	korrigiert rund 66%
Polizeivollzugsbeamte	470	269	57,2	
Bürger		602		

Unter der Berücksichtigung, dass 10-15% der Stellen im FPoID tatsächlich noch nicht vorhanden oder aktuell nicht besetzt sind, weil in den Verträgen mit den Kommunen Obergrenzen der FPoID angegeben sind, die real nicht ausgeschöpft werden, können wir von rund 500 FPoID in Hessen als Grundgesamtheit ausgehen. Dann steigt die Rücklaufquote von 56,8% auf rund 66%. Die Rücklaufquoten in beiden Befragtengruppen sind für eine schriftliche Befragung mit der Vorgabe der Freiwilligkeit sehr hoch. Eine systematische Verweigerung der Teilnahme an der Untersuchung lässt sich nicht feststellen. Vor allem im ersten Gruppengespräch hat sich aber gezeigt, dass manche Dienstgruppenleiter nicht teilgenommen haben dürften, weil sie sich von Alltagsarbeit und bürokratischen Lasten so belastet fühlen, dass sie einer solchen zusätzlichen Arbeit im Rahmen einer wissenschaftlichen Untersuchung nicht Priorität beimessen.

Die damit gegebene Repräsentativität der Ergebnisse wird auch dadurch gestützt, dass aus allen Landkreisen/Städten, in denen ein FPoID eingerichtet ist, Ergebnisse vorliegen.

Tabelle 2: Regionale Verteilung der Befragten im FPoID und der PVB

		Gruppe			
		FPoID		PVB	
		Anzahl	Spalten%	Anzahl	Spalten%
Orga	Bergstraße	28	8,5%	9	3,5%
	Darmstadt-Dieburg	34	10,3%	14	5,5%
	Fulda	15	4,6%	13	5,1%
	Frankfurt am Main	52	15,8%	25	9,8%
	Gießen	21	6,4%	11	4,3%
	Groß-Gerau	20	6,1%	6	2,3%
	Hersfeld-Rotenburg	12	3,6%	10	3,9%
	Hochtaunuskreis	6	1,8%	21	8,2%
	Kassel	7	2,1%	3	1,2%
	Limburg-Weilburg	9	2,7%	9	3,5%
	Main-Kinzig-Kreis	16	4,9%	6	2,3%
	Main-Taunus-Kreis	11	3,3%	19	7,4%
	Marburg-Biedenkopf	3	,9%	11	4,3%
	Odenwaldkreis	3	,9%	5	2,0%
	Offenbach	23	7,0%	15	5,9%
	Rheingau-Taunus-Kreis	3	,9%	10	3,9%
	Schwalm-Eder	1	,3%	5	2,0%
	Vogelsbergkreis	4	1,2%	7	2,7%
	Waldeck-Frankenberg	23	7,0%	17	6,6%
	Wetteraukreis	24	7,3%	19	7,4%
Wiesbaden	14	4,3%	21	8,2%	

Bei der Bürgerbefragung erfolgte aus logistischen Gründen eine Schwerpunktbildung. Rund ein Viertel der befragten Bürger stammen aus dem Raum Gießen, fast 20% aus Frankfurt und jeweils 10% aus Offenbach und Waldeck-Frankenberg.

80% der Bürger-Interviews wurden im Umfeld eines Einsatzes von FPoID geführt mit Personen, die keinen direkten Kontakt mit dem FPoID hatten; 10% wurden aus Anlass eines Gesprächs oder einer Maßnahme des FPoID mit diesen Personen geführt. 36% der Interviews erfolgten in Fußgängerzonen, weitere 20% in Wohngebieten und 16% in öffentlichen Anlagen.

Tab. 3: Regionale Verteilung der Bürgerinterviews

	Anzahl	Anzahl der Spalten (%)
Orga Bergstraße	11	1,9%
Darmstadt-Dieburg	14	2,5%
Fulda	21	3,7%
Frankfurt am Main	106	18,6%
Gießen	147	25,8%
Groß-Gerau	12	2,1%
Hersfeld-Rotenburg	0	,0%
Hochtaunuskreis	0	,0%
Kassel	7	1,2%
Limburg-Weilburg	0	,0%
Main-Kinzig-Kreis	0	,0%
Main-Taunus-Kreis	0	,0%
Marburg-Biedenkopf	35	6,1%
Odenwaldkreis	0	,0%
Offenbach	59	10,4%
Rheingau-Taunus-Kreis	0	,0%
Schwalm-Eder	0	,0%
Vogelsbergkreis	0	,0%
Waldeck-Frankenberg	59	10,4%
Werra-Meißner	0	,0%
Wetteraukreis	44	7,7%
Wiesbaden	55	9,6%

Die Fragebögen wurden mit Ausnahme weniger Fragen gut beantwortet, so dass sich die Nichtbeantwortungen in Grenzen halten. Maximal fehlen z.B. in der Item-Batterie bei einzelnen Items 10% der Antworten, zumeist aber nur 1-2%. Der FPolD produziert dabei etwas weniger fehlende Werte als der PVD. Auch in der Bürgerbefragung ist der Anteil fehlender Antworten gering und bewegt sich zwischen 2-4% und erreicht nur im Einzelfall knapp 10%.

Zum sozialstrukturellen Hintergrund der Befragten FPolD und PVB ist festzustellen: Im FPolD sind gut 70% über 40 Jahre, 12% sogar über 60 Jahre alt, während allein 56% der PVB zwischen 40 und 50 Jahren alt sind. Der Anteil der Männer überwiegt in beiden Gruppen: im FPolD sind 70% männlich, im PVB rund 95%. Das formale Bildungsniveau der Polizeivollzugsbeamten ist höher als im FPolD: Fast zwei Drittel haben ein Fachhochschulstudium abgeschlossen und ein weiteres Viertel ein (Fach)abitur. Im FPolD gibt es nur 10% Akademiker und weitere 13% mit Hochschulreife.

Bei den befragten Bürgern sind die Geschlechter gleich verteilt. Alle Altersgruppen sind vertreten, wobei 21-30jährige und über 60jährige Befragte etwas häufiger befragt wurden als etwa 51-60jährige. Gut 20% haben einen Hauptschulabschluss, ein Drittel absolvierte die Realschule, knapp 30% haben eine (Fach)hochschulreife und 13% haben ein Studium absolviert. Auch bei den Bürgern kann in Abhängigkeit von ihrer Präsenz im öffentlichen Raum damit von repräsentativen Ergebnissen ausgegangen werden.

Tab. 4: Alter der Befragten

			Gruppe		Gesamt
			FPOID	PVB	
Ihre Altersgruppe?	unter 20 Jahre	Anzahl	3	0	3
		% von Gruppe	,9%	,0%	,5%
	21 bis 30 Jahre	Anzahl	33	2	35
		% von Gruppe	10,2%	,8%	6,0%
	31 bis 40 Jahre	Anzahl	60	72	132
		% von Gruppe	18,5%	27,6%	22,6%
	41 bis 50 Jahre	Anzahl	118	146	264
		% von Gruppe	36,4%	55,9%	45,1%
	51 bis 60 Jahre	Anzahl	72	41	113
		% von Gruppe	22,2%	15,7%	19,3%
	über 60 Jahre	Anzahl	38	0	38
		% von Gruppe	11,7%	,0%	6,5%
Gesamt		Anzahl	324	261	585
		% von Gruppe	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 5: Geschlecht der Befragten

Gender * Gruppe Kreuztabelle

			Gruppe		Gesamt
			FPOID	PVB	
Gender	m	Anzahl	225	246	471
		% von Gruppe	70,3%	94,6%	81,2%
	w	Anzahl	95	14	109
		% von Gruppe	29,7%	5,4%	18,8%
Gesamt		Anzahl	320	260	580
		% von Gruppe	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 6: Bildungsstand der Befragten

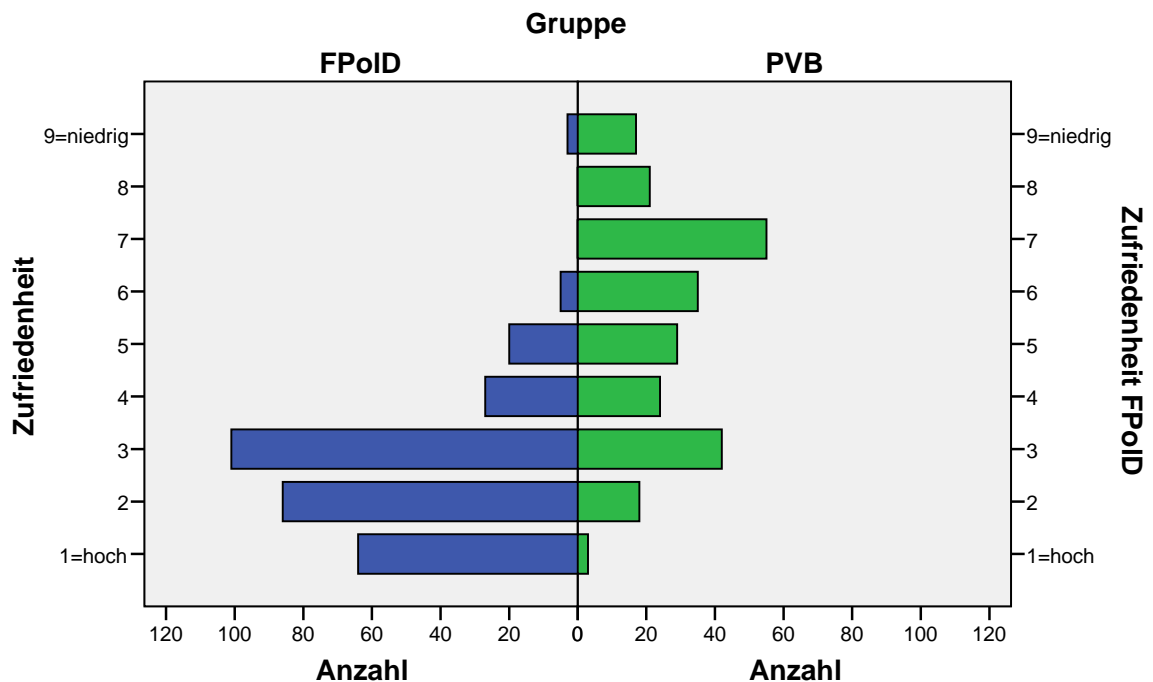
			Gruppe		Gesamt
			FPOID	PVB	
Bildung	Hauptschule	Anzahl	115	2	117
		% von Gruppe	35,4%	,8%	20,1%
	Realschule/Mittlere Reife	Anzahl	131	24	155
		% von Gruppe	40,3%	9,3%	26,6%
	(Fach-)Abitur	Anzahl	44	68	112
		% von Gruppe	13,5%	26,5%	19,2%
	(Fach-)Hochschulstudium	Anzahl	35	163	198
		% von Gruppe	10,8%	63,4%	34,0%
Gesamt		Anzahl	325	257	582
		% von Gruppe	100,0%	100,0%	100,0%

II. Gesamteinschätzung des Freiwilligen Polizeidienstes

Bei der generellen Einschätzung des FPolD wird unter den Bediensteten des FPolD ein sehr guter Wert erzielt: Der Mittelwert auf der neunstufigen Skala (1=höchste Zufriedenheit; 9=niedrigste Zufriedenheit) beträgt 2,63. 82% der Befragten im FPolD sind hoch zufrieden (Skalenwert 1-3), 17% befinden sich im Mittelbereich (Skalenwert 4-6) und nur 1% ist unzufrieden (Skalenbereich 7-9).

Skeptischer sind die Vollzugsbeamten: Bei einem Mittelwert von 5,42 sind sie um fast 3 Skalenpunkte weniger zufrieden als der FPolD. Es lässt sich eine Zweiteilung beobachten: Ein Viertel der PVB ist mit dem FPolD zufrieden, 38% sind aber nicht zufrieden mit ihm. 36% befinden sich im Mittelbereich. 15% erreichen die beiden schlechtesten Werte und sind als „harter Kern“ der Ablehnung des FPolD durch Vollzugsbeamte zu charakterisieren.

Gesamtzufriedenheit mit dem Freiwilligen Polizeidienst



Die befragten Bürger befinden sich mit einem Mittelwert von 4,19 zwischen dem FPolD und den PVB. 45% finden den FPolD gut, 39% bewegen sich im neutralen Mittelbereich, 16% sind ablehnend oder skeptisch. Einen eindeutigen Zusammenhang gibt es dabei mit dem Alter der Befragten: Je älter sie sind, desto positiver bewerten sie den FPolD. So schätzen über 60jährige Personen den FPolD mit 3,1 deutlich positiver ein als unter 20jährige mit 5,3. Ältere Bürger äußern sich dabei in Richtung sehr positiver Eigenwahrnehmung des FPolD, während jüngere Bürger eher die tendenziell

skeptische Haltung der Polizeivollzugsbeamten einnehmen. Auch unter den PVB sind ältere Polizisten etwas milder in ihrem Urteil und stehen dem FPolD positiver gegenüber. Dies könnte aber auch mit der Position und der Besoldungsgruppe konfundieren, da ältere Beamte höhere Positionen bekleiden und besser besoldet werden, was ihre Zufriedenheit insgesamt steigern dürfte. Zwischen den Besoldungsgruppen A11, A12 und A13 liegt jeweils ein Bewertungspunkt in Richtung positiverer Bewertung auf der Skala. Auch mit dem formalen Bildungsniveau ergibt sich bei den Bürgern ein Zusammenhang; höher Gebildete bewerten den FPolD leicht negativer als formal niedriger Gebildete. Der Zusammenhang ist jedoch nicht so stark wie beim Lebensalter.

Tab. 7: Gesamtzufriedenheit mit dem FPolD

	hoch (1-3)	mittel (4-6)	niedrig (7-9)	Mittelwert (9er Skala)
Freiwilliger Polizeidienst	82,0%	17,0%	1,0%	2,63
Polizeivollzugs- beamte	25,8%	36,1%	38,1%	5,42
Bürger	44,9%	39,0%	16,1%	4,19

Tab. 8: Gesamtzufriedenheit mit dem FPolD bei Bürgern nach Alter

Ihre Altersgruppe?	Mittelwert	N	Standardabw- eichung
unter 20 Jahre	5,32	34	1,902
21 bis 30 Jahre	5,11	137	2,158
31 bis 40 Jahre	4,20	102	1,909
41 bis 50 Jahre	4,04	95	2,088
51 bis 60 Jahre	3,81	77	2,059
über 60 Jahre	3,12	113	1,876
Insgesamt	4,19	558	2,139

Die Gesamtzufriedenheit mit dem FPolD wird bei Angehörigen des FPolD insbesondere von positiven Beziehungen und Rückmeldungen von Bürgern und deren Respekt gegenüber dem FPolD positiv beeinflusst, außerdem innerdienstlich von als positiv erlebten Beziehungen zum Polizeivollzugsdienst. Polizeivollzugsbeamte sind mit dem FPolD besonders zufrieden, wenn sie positive Beziehungen zwischen Bürger und FPolD perzipieren, eine Verbesserung der Sicherheitslage erkennen können und das Verhältnis zum FPolD als unproblematisch ansehen.

Weil nach kriminologischen Erkenntnissen im Allgemeinen zwischen Männern und Frauen größere Unterschiede bei Verhalten und Einstellungen mit Bezug zu Kriminalität und abweichendem Verhalten bestehen, wurde auch in dieser

Untersuchung ein möglicher Zusammenhang untersucht. Bekanntlich sind etwa Kriminalitätsängste nicht nur bei Älteren, sondern auch bei Frauen stärker ausgeprägt. Ein solcher Zusammenhang ergab sich jedoch nicht bei der Gesamtbewertung des Freiwilligen Polizeidienstes. Die Unterschiede bei Männern und Frauen betragen maximal 0,5 Punkte auf der neunstufigen Skala und sind damit bei allen drei Befragten Gruppen (FPoID, PVB und Bürger) nicht signifikant.

Allgemein ist außerdem sozialwissenschaftlich und kriminologisch die Bildung von Befragten bei entsprechenden Einstellungsfragen bedeutsam. Das formale Bildungsniveau der befragten Angehörigen des Freiwilligen Polizeidienstes beeinflusst die Selbstwahrnehmung dieser Einrichtung indessen nicht. Bei den beiden anderen Gruppen finden sich in der Fremdwahrnehmung des FPoID unterschiedliche Zusammenhänge: Bürger sind tendenziell skeptischer, je höher sie gebildet sind; Vollzugsbeamte bauen Vorbehalte gegenüber dem FPoID mit höherem Bildungsgrad eher ab.

Wegen größerer Anonymität des Lebens und Fluktuation der Bevölkerung in Großstädten wurde ferner geprüft, ob ein Zusammenhang zwischen Einstellungen zum FPoID und Größe der Kommune besteht. Ein solcher Zusammenhang ergibt sich jedoch weder bei Bürgern noch bei Vollzugsbeamten oder Angehörigen des Freiwilligen Polizeidienstes. Unabhängig davon, ob es sich um eine Großstadt oder einen großstädtischen Ballungsraum handelt oder um kleinstädtische beziehungsweise ländlich geprägte Umgebung, wird der Freiwillige Polizeidienst positiv (FPoID), positiv bis neutral (Bürger) oder zwiespältig, also teils positiver, teils negativer (Vollzugsbeamte) eingeschätzt. Diese Beobachtung gilt auch für Frankfurt und Wiesbaden.

Ein weiterer Zusammenhang wurde als möglich erachtet nach dem Ausmaß bisheriger Erfahrung der Angehörigen im Freiwilligen Polizeidienst. Die Einschätzung dieses Dienstes verändert sich mit der Dauer der Zugehörigkeit indes grundsätzlich nicht. Einzig Neueinsteiger (weniger als drei Monate im FPoID) sind um etwa einen Skalenpunkt skeptischer als erfahrene Angehörige des Freiwilligen Polizeidienstes. Positiv formuliert „verbraucht“ sich damit das Engagement von Angehörigen dieser Einrichtung im Zeitverlauf nicht.

Wie in einer Forschungshypothese vermutet, bewerten Bürger den Freiwilligen Polizeidienst um so günstiger, je direkter ihr Kontakt zu ihm war oder ist, wenn sie ihn also nicht nur beobachtet oder von ihm gehört haben. Dies gilt sogar dann, wenn von Angehörigen des FPoID „Ermahnungen oder Hinweise ohne Sanktionen“ gegeben wurden. Vielfältige unmittelbare Kommunikation zwischen Angehörigen des FPoID und Bürgern verbessert daher Einschätzung und Wirksamkeit der Einrichtung.

III. Ausgewählte thesenartige Einzelbefunde zum Freiwilligen Polizeidienst: Perspektiven der Angehörigen des Freiwilligen Polizeidienstes und der Vollzugsbeamten (Dienstgruppenleiter)

Anhand der Itematterie, die in vergleichbarer Form den Angehörigen des Freiwilligen Polizeidienstes und den Polizeivollzugsbeamten vorgelegt worden war, kann die Selbstwahrnehmung des FPolD mit der Fremdwahrnehmung durch den PVB verglichen werden: Die fünfstufige Antwortskala reichte dabei von 0=trifft voll zu über 2=teil/teils bis zu 4=trifft gar nicht zu, womit der Wert 2 die Mitte der Skala repräsentiert.

1. Ausbildung und Rechtskenntnisse des FPolD werden vom FPolD selbst als gut bewertet, vom PVB etwas schwächer, jedoch ebenfalls als positiv.
2. Beide Gruppen sind der Meinung, dass der Freiwillige Polizeidienst der Vollzugspolizei keine Arbeit wegnimmt.
3. Der FPolD ist keine unangemessene Belastung für die Vollzugspolizei.
4. Bekleidung und Einsatzmittel werden vom FPolD als ausreichend betrachtet, vom PVB als gut.
5. Schusswaffen für den FPolD werden von FPolD überwiegend, von PVB durchweg abgelehnt.
6. Die Notwendigkeit von Schutzwesten wird vom FPolD eher befürwortet, vom PVB eher abgelehnt. Die Gefahr einer Ablehnung von FPolD mit Schutzwesten durch Bürger wird tendenziell verneint.
7. Information und Einsatz des FPolD funktionieren aus Sicht beider Gruppen gut.
8. Der FPolD hat ein gutes Verhältnis zu Bürgern.
9. Die Sicherheitslage verbessert sich mit dem FPolD aus Sicht des FPolD, aus Sicht des PVB nur eingeschränkt.
10. Gefährliche Situationen im Freiwilligen Polizeidienst werden von beiden Gruppen tendenziell nicht gesehen.
11. Die Ausdehnung des FPolD auf alle Kommunen wird vom FPolD selbst befürwortet, vom PVB abgelehnt.
12. Die Aufwandsentschädigung wird von beiden Gruppen überwiegend als ausreichend betrachtet; PVB vermuten eher, die Tätigkeit im FPolD würde ohne Aufwandsentschädigung nicht übernommen.
13. Ungerechtigkeiten im Vergleich zu ehrenamtlichen Tätigkeiten ohne Aufwandsentschädigung (Feuerwehr) werden von PVB tendenziell eher gesehen, vom FPolD eher nicht.
14. „Möchtegern-Sheriffs“ im FPolD werden von beiden Gruppen im neutralen Bereich angesiedelt. Sie stellen damit zumindest kein echtes Problem dar.
15. Engagement für andere Menschen wird von beiden Gruppen als wesentliche Beitrittsmotivation für den FPolD gesehen.
16. 80% der Befragten im FPolD befürworteten die Einrichtung fester Helfersprecher innerhalb des FPolD; bei den PVB sind es dagegen weniger als die Hälfte (48%). Die Sprecher sollten nach Meinung des FPolD nicht auf der Ebene des HMdI oder LPP, sondern dezentral auf der von Landkreisen/PD angesiedelt werden.

Item FPoID (Skala 0-4; 0=zutreffend)	Mittelwert FPoID	Mittelwert PVB	Item PVB (Skala 0-4; 0= zutreffend)
1.Die Ausbildung bereitet mich gut auf meine Tätigkeit im FPoID vor.	0,86	1,54	Die Ausbildung bereitet Teilnehmer gut auf eine Tätigkeit im FPoID vor.
2.Ich würde gerne länger als maximal 20 Stunden im Monat im FPoID tätig sein.	1,16	1,71	Angehörige des FPoID würden gerne länger als maximal 20 Stunden im Monat tätig sein.
3.Ich fühle mich jetzt als Teil der Polizei.	1,53	1,69	Angehörige des FPoID fühlen sich jetzt als Teil der Polizei.
4.Im FPoID verfolge ich Straftaten und Ordnungswidrigkeiten.	2,10	2,85	Der FPoID verfolgt Straftaten und Ordnungswidrigkeiten.
5.Der FPoID verbessert die Sicherheitslage in meiner Stadt.	0,73	2,22	Der FPoID verbessert die Sicherheitslage in meiner Stadt.
6.Ich habe im FPoID schon gefährliche Situationen erlebt.	2,56	2,73	Angehörige des FPoID haben schon gefährliche Situationen erlebt.
7.Die Betreuung durch die Vollzugspolizei ist gut.	0,90	1,30	Die Betreuung durch die Vollzugspolizei ist gut.
8.Über die rechtlichen Rahmenbedingungen weiß ich gut Bescheid.	1,14	2,03	Über die rechtlichen Rahmenbedingungen wissen Angehörige des FPoID gut Bescheid.
9.Angehörige der Vollzugspolizei betrachten den FPoID skeptisch.	2,03	1,15	Angehörige der Vollzugspolizei betrachten den FPoID skeptisch.
10.Seit es den FPoID gibt, fällt es Bürgern leichter Anzeigen zu erstatten.	2,09	3,46	Seit es den FPoID gibt, fällt es Bürgern leichter Anzeigen zu erstatten.
11.Der FPoID nimmt der Vollzugspolizei Arbeit weg.	3,40	3,48	Der FPoID nimmt der Vollzugspolizei Arbeit weg.
12.Im Rahmen des FPoID habe ich viele Gestaltungsmöglichkeiten.	1,83	1,88	Im Rahmen des FPoID bestehen viele Gestaltungsmöglichkeiten.
13.Pfefferspray allein ist für eine angemessene Verteidigung nicht ausreichend.	1,56	2,95	Pfefferspray allein ist für eine angemessene Verteidigung im FPoID nicht ausreichend.
14.Ich würde mich auch ohne Aufwandsentschädigung im FPoID engagieren.	2,02	2,69	Angehörige des FPoID würden sich auch ohne Aufwandsentschädigung engagieren.
15.Bürger wissen nicht, was der FPoID ist.	1,95	1,73	Bürger wissen nicht, was der FPoID ist.
16.Im FPoID muss ich oft Streitigkeiten schlichten.	2,58	3,20	Der FPoID muss oft Streitigkeiten schlichten.

Item FPoID (Skala 0-4; 0=zutreffend)	Mittelwert FPoID	Mittelwert PVB	Item PVB (Skala 0-4; 0= zutreffend)
17.Durch meine Dienststelle fühle ich mich gut informiert.	1,13	1,14	Meine Dienststelle informiert den FPoID gut.
18.Von Bürgern habe ich schon viele positive Rückmeldungen bekommen.	0,65	2,81	Von Bürgern habe ich schon viele positive Rückmeldungen bekommen.
19.Im FPoID melde ich viele Fälle eines Straftatverdachts an den Polizeivollzugsdienst.	1,72	2,71	Der FPoID meldet viele Fälle eines Straftatverdachts an den Polizeivollzugsdienst.
20.Ich engagiere mich gerne für andere Menschen.	0,38	1,50	Angehörige des FPoID engagieren sich gerne für andere Menschen.
21.Es gibt zu wenig Fortbildung für den FPoID.	1,31	1,76	Es gibt zu wenig Fortbildung für den FPoID.
22.Meine Befugnisse im FPoID sind ausreichend.	1,66	0,67	Die Befugnisse im FPoID sind ausreichend.
23.Zu meiner Sicherheit würde ich eine Schutzweste benötigen.	1,77	2,20	Der FPoID würde zu seiner Sicherheit Schutzwesten benötigen.
24.7 € Aufwandsentschädigung pro Stunde sind zu wenig.	2,16	2,95	7 € Aufwandsentschädigung pro Stunde sind zu wenig.
25.Die Planung meines Einsatzes erfolgt nach meinen Wünschen.	0,59	1,40	Die Planung des Einsatzes erfolgt nach den Wünschen des FPoID.
26.Eigentlich wollte ich gerne Polizist werden.	2,05	2,04	Eigentlich wollten Angehörige des FPoID gerne Polizist werden.
27.Die Erteilung von Platzverweisen im Rahmen des FPoID ist schwierig.	2,31	1,45	Die Erteilung von Platzverweisen im Rahmen des FPoID ist schwierig.
28.Im FPoID werde ich häufiger von Bürgern angesprochen als dass ich selber aktiv werde.	1,90	2,14	Der FPoID wird häufiger von Bürgern angesprochen als dass er selber aktiv wird.
29.Ruhe und Ordnung sind für mich sehr wichtig.	0,66	0,95	Ruhe und Ordnung sind für mich sehr wichtig.
30.Innerhalb des FPoID gibt es eine gute Zusammenarbeit.	0,70	1,34	Innerhalb des FPoID gibt es eine gute Zusammenarbeit.
31.Für den alltäglichen Dienst werde ich gut vorbereitet.	1,17	1,53	Für den alltäglichen Dienst werden Angehörige des FPoID gut vorbereitet.
32.Mit dem FPoID kann sich die Bevölkerung sicherer fühlen.	1,07	2,58	Mit dem FPoID kann sich die Bevölkerung sicherer fühlen.
33.Ich würde gerne noch weitergehende Aufgaben im FPoID erfüllen.	0,85	1,59	Angehörige des FPoID würden gerne noch weitergehende Aufgaben erfüllen.

Item FPoID (Skala 0-4; 0=zutreffend)	Mittelwert FPoID	Mittelwert PVB	Item PVB (Skala 0-4; 0= zutreffend)
34.Die Sicherheitslage in meiner Stadt hat sich in den letzten Jahren verschlechtert.	2,55	2,30	Die Sicherheitslage in meiner Stadt hat sich in den letzten Jahren verschlechtert.
35.Der Bürger hat keinen Respekt vor Angehörigen des FPoID.	2,37	1,82	Der Bürger hat keinen Respekt vor Angehörigen des FPoID.
36.Der FPoID sollte Schusswaffen tragen.	2,72	3,83	Der FPoID sollte Schusswaffen tragen.
37.Die Feststellung von Personalien im Rahmen des FPoID ist unproblematisch.	1,42	2,15	Die Feststellung von Personalien im Rahmen des FPoID ist unproblematisch.
38.Wenn ich Angehörige der Vollzugspolizei verständige, sind diese schnell da.	1,15	1,11	Wenn Angehörige des FPoID verständigen, sind wir schnell da.
39.Ich empfehle Freunden und Bekannten sich im FPoID zu engagieren.	1,29	3,12	Ich empfehle Freunden und Bekannten sich im FPoID zu engagieren.
40.Ich verstehe nicht, dass sich Gewerkschaften negativ über den FPoID äußern..	0,76	2,57	Ich verstehe nicht, dass sich Gewerkschaften negativ über den FPoID äußern..
41.Bürger folgen bereitwillig meinen Ratschlägen und Anweisungen.	1,29	2,10	Bürger folgen bereitwillig den Ratschlägen und Anweisungen des FPoID.
42.Die Landesregierung hat den FPoID nur eingeführt, um in einem guten Licht dazustehen.	2,65	1,16	Die Landesregierung hat den FPoID nur eingeführt, um in einem guten Licht dazustehen.
43.In allen hessischen Kommunen sollte es einen FPoID geben.	0,63	2,58	In allen hessischen Kommunen sollte es einen FPoID geben.
44.Im FPoID bin ich häufig mit Verkehrsteilnehmern beschäftigt.	1,75	2,35	Der FPoID ist häufig mit Verkehrsteilnehmern beschäftigt.
45.Bürger müssen sich stärker um ihre eigene Sicherheit kümmern.	1,97	2,29	Bürger müssen sich stärker um ihre eigene Sicherheit kümmern.
46.Die Vollzugspolizei ist bei ihrer Arbeit oft überlastet.	0,98	1,03	Die Vollzugspolizei ist bei ihrer Arbeit oft überlastet.
47.Im FPoID gibt es einige „Möchtegern-Sheriffs“.	2,02	1,81	Im FPoID gibt es einige „Möchtegern-Sheriffs“.
48.Der Bürger kann nicht zwischen FPoID und Vollzugspolizei unterscheiden.	2,64	2,43	Der Bürger kann nicht zwischen FPoID und Vollzugspolizei unterscheiden.
49.In Hessen wird zu wenig gegen Kriminalität unternommen.	2,22	2,35	In Hessen wird zu wenig gegen Kriminalität unternommen.
50.Die Bekleidung des FPoID ist für die Tätigkeit angemessen.	2,02	0,94	Die Bekleidung des FPoID ist für die Tätigkeit angemessen.

Item FPoID (Skala 0-4; 0=zutreffend)	Mittelwert FPoID	Mittelwert PVB	Item PVB (Skala 0-4; 0= zutreffend)
51.Im FPoID gibt es einige, die sich nur aus finanziellen Gründen engagieren.	2,24	2,03	Im FPoID gibt es einige, die sich nur aus finanziellen Gründen engagieren.
52.Im FPoID erfahre ich viel über die Sorgen und Nöte von Bürgern.	0,74	2,19	Der FPoID erfährt viel über die Sorgen und Nöte von Bürgern.
53.Ich habe mir mehr vom FPoID erwartet.	2,59	2,42	Ich habe mir mehr vom FPoID erwartet.
54.Der FPoID ist eine Belastung für die Vollzugspolizei.	3,28	2,35	Der FPoID ist eine Belastung für die Vollzugspolizei.
55.Im FPoID bin ich Ansprechpartner für Bürger.	0,22	1,42	Der FPoID ist Ansprechpartner für Bürger.
56.Ich werde im FPoID häufig von mir aus aktiv.	1,03	1,88	Angehörige des FPoID werden häufig von sich aus aktiv.
57.Der Bürger bringt Polizeibeamten mehr Respekt entgegen als Angehörigen des FPoID.	1,53	1,00	Der Bürger bringt Polizeibeamten mehr Respekt entgegen als Angehörigen des FPoID.
58.Ich würde mich als konservativen Menschen bezeichnen.	2,03	1,87	Ich würde mich als konservativen Menschen bezeichnen.
59.Schutzwesten im FPoID könnten bei Bürgern Ablehnung hervorrufen.	2,55	2,32	Schutzwesten im FPoID könnten bei Bürgern Ablehnung hervorrufen.
60.Es ist ungerecht, dass Angehörige des FPoID eine Aufwandsentschädigung erhalten, Feuerwehreute aber nicht.	2,86	1,47	Es ist ungerecht, dass Angehörige des FPoID eine Aufwandsentschädigung erhalten, Feuerwehreute aber nicht.
61.Im FPoID „bestrafe“ ich viele Ordnungswidrigkeiten.	2,89	2,91	Der FPoID „bestraft“ viele Ordnungswidrigkeiten.
62.Im FPoID werde ich vor allem von älteren Menschen angesprochen.	1,21	1,98	Der FPoID wird vor allem von älteren Menschen angesprochen.
63.Der FPoID wird von der Bevölkerung kritisch beäugt.	2,30	1,84	Der FPoID wird von der Bevölkerung kritisch beäugt.

Einrichtung von Helfersprechern

		Gruppe			
		FPoID		PVB	
		Anzahl	Spalten%	Anzahl	Spalten%
Helfersprecher	Ja	258	80,6%	121	47,6%
	Nein	62	19,4%	133	52,4%

Ebene für Helfersprecher

		Gruppe			
		FPoID		PVB	
		Anzahl	Spalten%	Anzahl	Spalten%
Ebene für Helfersprecher	Polizeidirektion/Landkreis	140	54,1%	96	72,2%
	Polizeipräsidium	101	39,0%	33	24,8%
	Landespolizeipräsidium (Hessen)	18	6,9%	4	3,0%

IV. Ausgewählte thesenartige Einzelbefunde zum Freiwilligen Polizeidienst: Perspektive von befragten Bürgern

1. Bürger verbinden mit dem FPoID tendenziell eine Verbesserung der objektiven und subjektiven Sicherheitslage und würden diese Institution nützen.
2. Bürger sind überwiegend gegen eine Ausweitung des Aufgabenspektrums des FPoID, aber für seine Ausweitung auf alle Kommunen.
3. Bürger sind gegen Schusswaffen im FPoID.
4. Sie können die Kritik von Gewerkschaften am FPoID tendenziell nicht nachvollziehen.
5. Bürger erkennen tendenziell „Möchtegern-Sheriffs“ im FPoID.
6. Bürger finden es tendenziell ungerecht, dass im FPoID eine Aufwandsentschädigung bezahlt wird, bei der Feuerwehr aber nicht.
7. Die Bewertung von Sanktionen durch den FPoID erfolgt bei den Bürgern uneinheitlich.

Bürgerbefragung

Beurteilung	Trifft voll zu 0	Mittelwert	Trifft gar nicht zu 4
1. Der Freiwillige Polizeidienst verbessert die Sicherheitslage in meiner Stadt.		1,48	
2. Bürger wissen nicht, was der Freiwillige Polizeidienst ist.		1,87	
3. Ich fühle mich sicher, wenn ich nach Einbruch der Dunkelheit alleine in meiner Wohngegend unterwegs bin.		1,69	
4. Ich würde mich an einen Angehörigen des Freiwilligen Polizeidienstes wenden, wenn ich Hilfe benötige.		1,04	
5. Ich halte einen Freiwilligen Polizeidienst zur Unterstützung der Polizei für wichtig.		1,34	
6. Ich fühle mich in der Innenstadt sicher.		1,58	
7. Mit dem Freiwilligen Polizeidienst kann sich die Bevölkerung sicherer fühlen.		1,42	
8. Angehörige des Freiwilligen Polizeidienstes sollten noch weitergehende Aufgaben erfüllen.		2,52	
9. Die Sicherheitslage in meiner Stadt hat sich in den letzten Jahren verschlechtert.		1,93	
10. Der Bürger hat keinen Respekt vor Angehörigen des Freiwilligen Polizeidienstes.		1,69	
11. Der Freiwillige Polizeidienst sollte Schusswaffen tragen.		3,31	
12. Pfefferspray allein ist für eine angemessene Verteidigung im Freiwilligen Polizeidienst nicht ausreichend.		2,38	
13. Wenn Gewerkschaften sich negativ über den Freiwilligen Polizeidienst äußern, kann ich das nicht verstehen.		1,62	
14. In allen hessischen Kommunen sollte es einen Freiwilligen Polizeidienst geben.		1,30	
15. Bürger sollten sich stärker um ihre eigene Sicherheit kümmern.		1,69	

Beurteilung	Trifft voll zu 0	Mittelwert	Trifft gar nicht zu 4
16. Die Polizei ist bei ihrer Arbeit oft überlastet.		0,90	
17. Im Freiwilligen Polizeidienst gibt es einige „Möchtegern-Sheriffs“.		1,18	
18. Der Bürger kann nicht zwischen Freiwilligem Polizeidienst und Vollzugspolizei unterscheiden.		2,78	
19. In Hessen wird zuwenig gegen Kriminalität unternommen.		1,89	
20. Angehörige des Freiwilligen Polizeidienstes sind Ansprechpartner für Bürger.		1,11	
21. Ruhe und Ordnung sind für mich sehr wichtig.		0,57	
22. Der Bürger bringt Polizeibeamten mehr Respekt entgegen als Angehörigen des Freiwilligen Polizeidienstes.		0,84	
23. Wenn Angehörige des Freiwilligen Polizeidienstes eine Schutzweste tragen würden, könnte dies bei Bürgern Ablehnung hervorrufen.		2,65	
24. Es ist ungerecht, dass Angehörige des Freiwilligen Polizeidienstes eine Aufwandsentschädigung erhalten, Feuerwehrleute aber nicht.		1,34	
25. Die mündliche Ermahnung durch einen Angehörigen des Freiwilligen Polizeidienstes, z.B. wegen Missachtung des Rotlichts als Fußgänger an einer Fußgängerampel, nimmt man sich auch für die Zukunft zu Herzen.		2,03	
26. Der Anordnung durch einen Angehörigen des Freiwilligen Polizeidienstes, z.B. in der Fußgängerzone vom Rad zu steigen, wird dauerhaft Folge geleistet.		2,44	
27. Die Feststellung einer Ordnungswidrigkeit durch einen Angehörigen des Freiwilligen Polizeidienstes, z.B. ein Parkverstoß, wird nicht in Frage gestellt.		1,92	
28. Der Aufforderung durch einen Angehörigen des Freiwilligen Polizeidienstes, ihm nach einer Ordnungswidrigkeit, z.B. einem		2,12	

Beurteilung	Trifft voll zu 0		Mittelwert		Trifft gar nicht zu 4
Parkverstoß, die für das Ausfüllen eines Datenermittlungsbeleges („Knöllchen“) notwendigen Personalien zu geben, wird anstandslos nachgekommen.					
29. Der Anordnung durch einen Angehörigen des Freiwilligen Polizeidienstes, einen Ort zu verlassen (Platzverweis) wird unmittelbar Folge geleistet.			2,01		

Teil 3: Zusammenfassung und Empfehlungen in Thesen

I. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

- Die wichtigsten Befunde unserer Evaluation des Pilotprojekts eines Freiwilligen Polizeidienstes in Hessen von 2001 haben sich in bemerkenswerter Weise bei der Nachuntersuchung der inzwischen auf alle hessischen Polizeipräsidien und 100 Kommunen ausgeweiteten Einrichtung bestätigt. Das mag an der Kontinuität des Freiwilligen Polizeidienstes und entsprechenden Einstellungen in Polizei und Bevölkerung ebenso liegen wie an der Verlässlichkeit und Beibehaltung der Anlage unserer Untersuchungen.
- Aus der Perspektive von Bürgern im Umfeld von Einsätzen Freiwilliger Polizeibediensteter wird diese Einrichtung eher als Bereicherung, als positiv bewertet. Nur wenige lehnen sie ab oder berichten über ungünstige Erfahrungen. Gute Beurteilungen der Einrichtung und ihres Beitrags zum Gefühl größerer Sicherheit in der Öffentlichkeit finden sich stärker bei Älteren, weniger stark bei Jüngeren. Das trifft sich mit der Erkenntnis, Ältere hätten größere Ängste um ihre Sicherheit. Der Freiwillige Polizeidienst ist damit insbesondere ein Instrument zur Steigerung des Sicherheitsgefühls älterer Bürger.
- Aus der Perspektive der Freiwilligen Polizeibediensteten fällt die Beurteilung der Einrichtung erwartungsgemäß sehr gut aus. Der Beitrag zum Sicherheitsgefühl der Bevölkerung wird als hoch eingeschätzt. Man berichtet über günstige Rückmeldungen von Bürgern. Man ist ganz überwiegend zufrieden mit Ausbildung, Einweisung, Einsätzen, Ausstattung und Kooperation mit der Vollzugspolizei. Die ehrenamtlich Tätigen erscheinen als positiv motiviert.
- Aus der Perspektive der Vollzugspolizistinnen und -polizisten, die mit der Begleitung des Freiwilligen Polizeidienstes betraut sind, ist die Beurteilung der Einrichtung keineswegs völlig ablehnend, doch deutlich zurückhaltender und skeptischer, ambivalent. Man kann zwei herausragende Meinungsgruppen feststellen: eine der Einrichtung gegenüber aufgeschlossene, eine andere, etwas stärkere, die Skepsis äußert. Einwände dürften mit tatsächlichen Belastungen durch den Freiwilligen Dienst zusammenhängen, die zwar als zusätzliche empfunden werden, insgesamt aber als akzeptabel erachtet werden, ferner damit, dass Beiträge zur Sicherheit für die Vollzugspolizei nicht ohne weiteres erkennbar, gar als eigene Arbeitsentlastung spürbar sind, zumal positive Rückmeldungen von Bürgern nicht gegenüber der Vollzugspolizei, sondern gegenüber den Freiwilligen Bediensteten geäußert werden. Außerdem können sich in der Skepsis offiziell durch entsprechende Berufsverbände erklärte Standpunkte niederschlagen.
- Es fallen aber auch einige zwischen den befragten Freiwilligen Polizeibediensteten und Vollzugsbeamten weitgehend übereinstimmende Einschätzungen auf, die geeignet sind, manche Vorbehalte und Kritik in der Öffentlichkeit zu entkräften: Vorbereitung, Auswahl, Motivation und Ausstattung der Freiwilligen Bediensteten sowie die Kooperation anlässlich von Meldungen oder Zwischenfällen werden fast durchweg als gut eingestuft und die Vergütung mit der Aufwandsentschädigung als angemessen, keinesfalls zu hoch; man hat übereinstimmend nicht den Eindruck, der Vollzugspolizei werde durch den Freiwilligen Polizeidienst „Arbeit weggenommen“; Verwicklungen in gefährliche und selbst-gefährdende Einsatzsituationen werden nahezu ausgeschlossen. Von beiden Gruppen wird freilich berichtet, es gelegentlich mit

Freiwilligen Bediensteten zu tun zu haben, die sich übereifrig oder nach Art von „Sheriffs“ geben; von befragten Bürgern werden entsprechende Einschätzungen tendenziell bestätigt.

II. Empfehlungen

- Auch bei den Empfehlungen kann das weitgehend wiederholt werden, was anlässlich der Erstevaluation 2001 hervorgehoben wurde. Allgemein ist wie seinerzeit festzuhalten: Die Untersuchung kann keine grundsätzlichen Empfehlungen über Fortführung oder Einstellung des Freiwilligen Polizeidienstes geben; dies ist eine vorrangig politische Entscheidung. Grundlegende Vorbehalte gegen die Einrichtung ergeben sich aus der empirischen Untersuchung jedoch nicht.
- Allerdings ist zu betonen, dass ein Beitrag zum Sicherheitsgefühl der Bevölkerung durch diese Einrichtung nur gewährleistet ist, wenn sie strikt als zusätzliches Angebot, als Scharnier zwischen Bürgern und Polizei, als Kommunikationsmedium, als Beitrag zu sichtbarer Polizeipräsenz verstanden wird. Das bedeutet, sie ist von aktiven Ermittlungstätigkeiten und gefährlichen Lagen fern zu halten. Sie soll sich bei Verdacht von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten auf das „Beobachten und Melden“ beschränken, aktives Eingreifen und Ermitteln unterlassen.
- Bei der Auswahl und – soweit es dabei noch nicht erkennbar ist – bei der Leitung und Fortsetzung der Beschäftigung von ehrenamtlich tätigen Freiwilligen Polizeibediensteten muss nach wie vor darauf geachtet werden, Personen mit „Sheriff-Mentalität“ heraus zu halten oder zu mäßigen im Sinne des eigentlichen Auftrags.
- Die bereits in der Erstevaluation 2001 erwähnte Empfehlung, vermehrt Kompetenzen von Angehörigen aus Bevölkerungskreisen mit Migrationshintergrund für den Freiwilligen Polizeidienst als Beitrag zur Integration zu nutzen, ist erfolgreich in Frankfurt am Main umgesetzt worden; sie sollte auch andernorts bei entsprechend starken Bevölkerungsanteilen aus anderen Herkunftskulturen vorsichtig umgesetzt werden.
- Kommunikationsfähigkeit ist vonnöten. Aktive Gespräche der Freiwilligen Bediensteten mit Bürgern sollten noch stärker gefördert und in das Zentrum der Tätigkeit gerückt werden. Vielleicht sollte das Motto des Auftrags erweitert werden zu: „Präsenz zeigen – mit Bürgern sprechen – Beobachten – Melden“. Um Erfahrung in kommunikativem Handeln und aktiven Gesprächen mit Bürgern bei Streifengängen oder anderen Einsätzen zu sammeln, könnte sich zweierlei anbieten: Zum einen, neue Helfer anfangs durch Erfahrene im Einsatz zu begleiten; zum anderen, dass Dienstgruppenleiter in gewissen Abständen im Freiwilligen Polizeidienst Tätige in Zivil begleiten, dies ohne Kontrollcharakter, vielmehr im Sinne der Qualitätssicherung und des Gewinnens eigener Erfahrungen für die Fortbildung und dienstliche Begleitung der Freiwilligen Bediensteten. Denn bislang scheinen Dienstgruppenleiter nicht besonders vertraut zu sein mit dem Alltag und der jeweiligen tatsächlichen Handhabung der Arbeit Freiwilliger Bediensteter. Sie beschränken sich vielmehr auf organisatorische Aufgaben im Zusammenhang mit dem Freiwilligen Polizeidienst in den Diensträumen.

ANHANG: Erhebungsinstrumente

1. Fragebogen für Angehörige des Freiwilligen Polizeidienstes
2. Fragebogen für Angehörige der Vollzugspolizei
3. Fragebogen für Bürger
4. Interviewleitfaden für Gruppendiskussionen mit Polizeivollzugsbeamten

Forschungsprojekt „Freiwilliger Polizeidienst“ in Hessen (FPD)

Interviewleitfaden für Gruppendiskussionen mit Polizeivollzugsbeamten

1. Allgemeine Einschätzung des FPD

- Polizeiarbeit in Kommune durch FPD verbessert?
- Wird Vollzugspolizei *entlastet*, wird ihr Arbeit „weggenommen“, wird sie übermäßig *belastet*?
- Einschätzung des Verhältnisses von FPD und Vollzugsbediensteten, die mit FPD nichts zu tun haben?
- Einschätzung des Verhältnisses zwischen FPD und Bürgern?
- Beurteilung der ablehnenden Haltung von Gewerkschaften?
- Zukunft: Ausweitung, Beibehaltung, Begrenzung, Abschaffung?

2. Auswahl, Einstellungen und Ausbildung der FPD-Helfer

- Motive, Persönlichkeitstypen
- Auswahlkriterien
- FPD aus Migrantenumilieus: Vorzüge, Nachteile?
- Ausbildung angemessen?
- Fortbildung nötig?
- Haltung im Dienst: Kooperativ oder anmaßend („nehmen sich zu viel raus“)?
- Angemessenheit einer Aufwandsentschädigung?

3. Fragen zum Einsatz

- Beurteilung der Ausstattung
- Wichtigste Einsatzbereiche? Welche sollten vermieden werden? Sind Ermittlungen in Straf- u. OWi-Sachen wünschenswert?
- Erweiterung der Einsatzbereiche empfehlenswert?
- Schwierige, gefährliche Situationen bisher?

4. Sonstiges, Anregungen?